



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/203 - 1.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Farnschreiber 039 890

Verdunkelungsgefahr im Falle Platow	S. 1
Franco mischt die Karten mit	S. 3
4. September: San Francisco und Deutschland	S. 4
Nackenschläge für den Optimismus	S. 5

## Das System der Heimlichkeiten

### Verdunkelungsgefahr im Falle Platow

(sp) Es sind Kräfte am Werke, die sich nachdrücklich und zäh bemühen, den Fall Platow zu verdunkeln. Nicht um Platows willen, dessen Handlungsweise außerhalb der Betrachtung bleiben soll, sondern um des Prinzips der freien Pressearbeit willen muß der Finger auf die gerichtet werden, die für eine üble Sache Hilfestellung leisten.

Die einen reden von einem "schwebenden Verfahren, in das man nicht eingreifen" sollte. Das Verfahren, um das es der heilhörig gewordenen deutschen Presse geht, ist abgeschlossen. Es bestand in dem Überfall durch Bonner Kriminalpolizei auf eine Redaktion, die mit dem ausgesprochenen Ziel durchsucht wurde, die Informationsquellen zu finden, die der Platow-Dienst benutzte. Man fand übrigens auch einige Ministerbriefe. Wir wären auf den Wortlaut gespannt. Vielleicht erinnert man sich, daß jüngst ein amerikanischer Journalist ein wahrhaft strenges Geheimnis ausplauderte, nämlich die Kapazität für den Bau einer gewissen militärisch wichtigen Flugmaschine. Er hatte die Information von einem Senator. Es ist niemand in den USA eingefallen, den Journalisten zur Rechenschaft zu ziehen. Der ganze Groll richtete sich auf den Senator, der nicht hatte schweigen können. In Bonn sind zwar einige Beamte beurlaubt, soweit wir wissen,

sind sie aber frei. Der Journalist sitzt indessen. Und das unterscheidet die deutsche Pressepolitik von der einer demokratischen Nation.

Es gibt ein weiteres "Argument", das der Verdunkelung dient: Schließlich habe es sich um einen Informationsdienst gehandelt, nicht um ein echtes Presseerzeugnis. Die Presse lebt von Informationen und auch von solchen Informationsdiensten. Der Platowdienst war für viele Zeitungen eine wichtige Quelle. Oft erfuhr man aus ihr mehr, als in Bonn zu hören war. Um diese Frage aber, nämlich, ob nicht die Schuld für krumme Wege bei der Pressepolitik der Bundesregierung zu suchen sei, geht bisher jeder Sprecher der Bundesregierung herum. Der Bundesjustizminister sprach in einem Interview von den der Presse "bisher zugebilligten Methoden der Berichterstattung". Das war ein entwaffnendes Wort, weil es die Gesinnung zeigte, vor der die Bundesregierung in diesem Falle und gegenüber der Presse überhaupt agiert. Sie billigt zu oder sie tut es nicht - auf jeden Fall gibt sie den Maßstab für die journalistische Arbeit an.

Ob Herr Platow sich strafbar gemacht hat, ist eine nebensächliche Frage. Zunächst und vor allem sitzt das System des Bundeskanzlers auf der Anklagebank! Das System der Heimlichkeiten, der "einsamen Entschlüsse", des Verschweigens wichtiger Vorgänge und Hintergründe selbst vor den eigenen Ministern, über die man in Zwiesgesprächen mit Außenstehenden Bemerkungen fallen läßt (geheime Bundessache?), das System der halben Wahrheiten, der Uninformiertheit, der unzureichenden Diskussion und Klärung - das alles und noch mehr kennzeichnen es. Darunter leidet die deutsche Innen- und Außenpolitik seit dem Bestehen dieser Regierung und seitdem der Kanzler mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, daran festhält, daß ja niemand mitrede, den er nicht wünscht oder heranzieht. Ihm paßt es nicht, daß sich Politiker und Presseleute - und beide sind gemeint - Informationen verschaffen, die nicht abgestempelt sind, daß sie darauf aufbauend mitreden und kritisch sagen, was zur Politik Adenauers zu sagen ist.

Der Hamburger Journalist ist, wie die Dinge liegen, ein kleiner Fisch im Teich. Die großen Hechte schwimmen munter weiter. Es ist ein trübes Wasser, in dem sie allzu leicht verschwinden können. Und viele rühren jetzt darin herum, damit man nur noch weniger sehe.

Franco auf dem Kriegspfad gegen den Sozialismus

RW. Der rührige Botschafter des General Franco in Washington, de Lequerica, hat kürzlich seine sonst übliche diplomatische Reserve verlassen und eine kleine Brandrede gegen die europäischen Sozialisten gehalten, die angeblich dem russischen Kommunismus Vorschub leisten, indem sie sich gegen die Einbeziehung Spaniens in die Atlantikfront wenden.

Herrn de Lequericas Rede war eine, wahrscheinlich wirkungsvolle, Spekulation auf die völlige Unkenntnis europäischer Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, und gleichzeitig - zwischen den Zeilen zu lesen - ein Ausfall gegen diejenigen europäischen Staaten, in denen Sozialisten die Regierung bilden oder erheblichen politischen Einfluß ausüben. In erster Linie handelt es sich um Großbritannien.

In Madrid wird antienglische, genauer gesagt, anti-Labour-Propaganda in großem Stile organisiert und von dem kürzlich zum Minister beförderten Staatssekretär Francos, Carrero Blanco, mit den nötigen Schlagworten versorgt. In Radio und Presse ist Carrero Blanco unter dem Decknamen Juan de la Cosa bekannt. Doch jedermann weiß im Lande, daß Juans Stimme die Stimme seines Herren ist. Ein beliebtes Thema gibt ab Gibraltar, dessen neue Verfassung den Machthabern in Madrid aus begreiflichen Gründen ein Dorn im Auge ist.

Außerdem pflegt man im madrider Außenministerium - was insbesondere in den Vereinigten Staaten gerne übersehen wird - einen bewußt ausfälligen Ton gegen das Ausland im allgemeinen und gegen demokratische Staaten und Staatsmänner im besonderen. Man will "stark" erscheinen, und den Spaniern zeigen, daß der alte Hildagsstolz spanischer Militärs nicht ausgestorben ist. Kaum war im Vorjahr der Botschafterboykott in der Generalversammlung der Vereinten Nationen abgeblasen worden, als auch schon der Außenminister des General Franco, Artajo, einen überaus eingehenden Bericht vor jener "Stände"versammlung ablegte, die man vergeblich und fälschlich als eine Art Parlament ausgibt.

Artajos Rede war sichtbar der Ausgangspunkt einer neuen,

offensiv gedachten und durchgeführten außenpolitischen Taktik, die damit begann, daß der Außenminister ohne diplomatische Umschweife von den heimlichen Kommunisten sprach, mit denen das amerikanische State Department angeblich durchsetzt sei.

Nun hat man zu einem Feldzug gegen den Sozialismus abgebogen. Elf Jahre hindurch hat Franco den spanischen und den internationalen Sozialismus totzuschweigen versucht. Seit der Rede Artajos wurde die Taktik geändert, mit dem offensichtlichen Bestreben, alle nicht- oder antisozialistischen Kräfte des Auslandes in die pro-spanische Front einzureihen. Wenn man schon ohne Marshallgelder hat auskommen müssen, so sind ihm Waffen ohne Bezahlung, Anlageprojekte, die vom Auslande bezahlt werden sollen und kommerzielle Kredite heute doppelt willkommen. Da aber in Europa gegen diese Aufpöpelung eines in sich morschen politischen Systems Widerstände bestehen, so muß man versuchen, sie zu brechen. Daher der Ruf zur antisozialistischen Einheitsfront.

+ + +

Mit einemmal: "So geht es nicht"

(sp) Endgültige Liquidation der deutschen Auslandsvermögen, endgültige Zerschlagung einer zentralen deutschen Verkaufsorganisation für Kohle, alliiertes Ausnahmegesetz für den deutschen Hochverrats-Paragrafen - es geht Schlag auf Schlag mit den Illustrationen zum Optimismus unseres Kanzlers.

Jetzt schreibt selbst DUD, der Pressedienst der Partei Adenauers: "So geht es nicht". Aber die einzige Folgerung, die man aus dieser späten Erkenntnis zu ziehen weiß, ist ein Kommentar, der für seinen Autor eigentlich äußerst peinlich sein müßte. Diese Dinge, so heißt es, hätten nicht anders ausfallen können, wenn sie von Dr. Schumacher bestellt worden wären und es wird hinzugefügt, aber auch so hätten Ulbricht und Grotewohl, Remer und Dorls ihre Freude daran.

Dr. Schumacher gerade ist es, der seit Jahren gesagt hat: So geht es nicht. Der freilich auch klargemacht hat, daß die Schwäche und Nachgiebigkeit der Adenauerschen Methode die Gegenseite zu ihrer Politik der fortgesetzten Orfeigen geradezu aufreizen mußte. Daß in dem Ärger über die eigene Erfolglosigkeit der Name Schumacher wieder einmal in unmittelbare Beziehung zu den Namen Grotewohl und Ulbricht, Dorls und Remer gesetzt wird, ist nur der altvertraute noble Geschmack.

+ + +

Glücklicheres Japan

Am Dienstag, dem 4. September, beginnt in San Francisco die Konferenz über den Friedensvertrag mit Japan - sechs Jahre und fast einen Monat, nachdem "über der japanischen Armeebasis von Hiroshima" (Truman an eben diesem Tage) die erste Atombombe abgeworfen worden war.

Es ist gar keine eigentliche Konferenz, nur eine Zusammenkunft zum Zwecke der Unterzeichnung eines auf diplomatischem Wege vorbereiteten Vertragstextes. Am 8. September soll bereits Schluß sein. Die Ratifizierung durch die Parlamente der beteiligten Staaten kann erst Anfang des nächsten Jahres erfolgen.

In den Betrachtungen aus Anlaß dieses Ereignisses ist viel von den großen weltpolitischen Zusammenhängen die Rede, auch von dem finstern Herrn Gromyko, der in San Francisco als eine Art (diesmal freilich verhindertes) Veto-Gespensst auftauchen und den verärgerten indischen Ministerpräsidenten Nehru, der überhaupt nicht kommen wird.

Von Deutschland wird bei dieser Gelegenheit kaum gesprochen - wozu auch? In Deutschland selbst freilich blickt man fast neidvoll nach Tokio und San Francisco. Ein-und-einviertel Jahr später ging der pazifische Krieg zu Ende als der in Europa - wie viele Jahre später wird der Frieden für Deutschland kommen? Der Grund, weshalb es so ist, liegt ganz vorwiegend darin, daß Japan, man muß schon sagen den Vorzug hatte, nur von einer feindlichen Macht, und zwar der einflußreichsten, besetzt zu werden und zu bleiben. Alle die unendlichen Schwierigkeiten und fast unlösbaren Probleme, die sich aus der gemeinsamen Besetzung Deutschlands durch die verfeindeten ehemaligen Alliierten ergaben, fielen für Japan fort.

In einer Note der USA an die indische Regierung wird unter anderem hervorgehoben, daß es unmöglich sei den Zustand der Militärregierung nach der bedingungslosen Kapitulation Japans zu verewigen. - Vorzüglich. Sich so zu verhalten, würde auch gegenüber der Bundesrepublik möglich sein, ohne daß man zu einem formellen Friedensvertrag, auch für Deutschland, kommen müßte, dessen Abschluß durch die Teilung Deutschlands ernsthaften Schwierigkeiten unmöglich ist.